

Ergebnisse des Koalitionsausschusses vom 11. Juni 2008

SPD hat erneut ihre Konzepte durchgesetzt.

Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses zeigen: Die SPD setzt sich in zentralen Forderungen durch und prägt diese Koalition. CDU und CSU sind zerstritten und ohne Kurs. Wir haben in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass Deutschland stärker geworden ist. Noch kommt der Aufschwung nicht bei allen an. Wir setzen deshalb darauf, dass ganz besonders untere und mittlere Einkommensgruppen am Wohlstandszuwachs teilhaben. Wir haben klare Vorstellungen für mehr Gerechtigkeit und Aufstiegschancen in Deutschland: **Mindestlöhne, Mitarbeiterbeteiligung, Entlastung von Sozialabgaben, Umbau des Familienleistungsausgleichs, gerechtere Besteuerung der Erbschaften und Regelungen für angemessene Managergehälter.**

Insbesondere die CSU hat den Streit im eigenen Lager und ihre Furcht vor einem Denkmals bei der bayrischen Landtagswahl im September durch völlig überzogene Kampagnen im Vorfeld des Koalitionsausschusses zu überdecken versucht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen dagegen praktische Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen. Darauf kommt es an. Das ist unsere Aufgabe in der Großen Koalition.

Die Ergebnisse im Einzelnen:

1. Grünes Licht für Fortschritte beim Mindestlohn.

Mindestlöhne werden Schritt für Schritt verwirklicht. Der Koalitionsausschuss hat sich über den Stand der Ressortabstimmung unterrichten lassen und festgestellt, dass die Arbeiten auf einem guten Wege sind. Am 16. Juni werden die beiden Koalitionsfraktionen über die Details der beiden Gesetzentwürfe (Arbeitnehmer-Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz) unterrichtet. Danach wird das Anhörungs- und Gesetzgebungsverfahren unverzüglich eingeleitet.

Über die acht Branchen, die sich für die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz gemeldet hatten, wird eine zehnköpfige Koalitionsarbeitsgruppe unter Leitung von Olaf Scholz beraten. Das BMAS wird für diese Arbeitsgruppe eine Übersicht zu den acht Branchen erstellen.

Die Vereinbarung zu Mindestlöhnen, die wir im letzten Jahr der Union abgetrotzt haben, wird umgesetzt. Damit ist klar, dass bald noch mehr Menschen von den Mindestlohn-Regelungen profitieren und dann endlich so entlohnt werden müssen, dass sie von ihrer Arbeit auch leben können.

2. Erbschaftsteuer wird kommen.

Die Beratungen über unseren Gesetzentwurf für eine gerechte Reform der Erbschaftsteuer gehen weiter. Die hochrangige „6+6-Arbeitsgruppe“ wird noch vor der Sommerpause zusammentreffen. Am 30. September wird sie sich zu einer abschließenden Sitzung treffen. Anfang Oktober wird der bereits in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf im Fachausschuss abschließend beraten, um dann Mitte Oktober in die letzte Lesung im Bundestag zu gehen. Die Beratung im Bundesrat wird am 7.11. erfolgen. Die Reform wird also rechtzeitig zum Jahresende im Gesetzblatt stehen.

3. Managergehälter sollen geregelt werden.

Wir haben die Vorschläge unserer Arbeitsgruppe eingebracht. Sie beinhalten unter anderem die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Managergehältern und -abfindungen als Betriebsausgaben auf eine Größenordnung von 1 Mio. Euro plus 50 % des darüber hinausgehenden Betrags. Außerdem sollen die Kontrollfunktion des Aufsichtsrates gestärkt und die gesetzlichen Regelungen für die Angemessenheit und Transparenz der Managerentlohnung ergänzt werden. Unsere Vorschläge werden nun in einer Koalitionsarbeitsgruppe weiter beraten, die auf unserer Seite Joachim Poß leiten wird. Das Thema steht damit auf der Tagesordnung der Koalition. Die Union muss ihren Sonntagsgesprächen nun auch Taten folgen lassen.

4. Spielräume zur Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nutzen.

In der Koalition besteht Einvernehmen darüber, dass Spielräume zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge genutzt werden sollen. Olaf Scholz wird in Abstimmung mit dem Chef des Bundeskanzleramtes dem Koalitionsausschuss im September berichten, welche Spielräume bei der Arbeitslosenversicherung zur Beitragssatzsenkung bestehen. Unsere Bedingung: Die Bundesagentur für Arbeit muss jederzeit in der Lage sein, ihre arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen umzusetzen

sowie Rückstellungen zur Finanzierung ihrer Pensionslasten vorzunehmen. Die Koalition folgt damit unserem unter den Stichworten „Konsolidieren – Investieren – Entlasten“ vorgelegten integrierten Steuer- und Abgabekonzept. Dieses sieht eine seriöse Schrittfolge vor und legt den Schwerpunkt auf die Senkung von Sozialabgaben anstelle von Steuersenkungsversprechen, die in erster Linie den Besserverdienenden zu Gute kämen.

5. Mehr Geld für Familien mit Kindern.

Die Koalition ist sich einig, dass zum 1.1.2009 Familien mit Kindern mehr Geld erhalten sollen. Der Bund wird hierzu im Bundeshaushalt entsprechende Vorsorge treffen. Über die Größenordnung und die konkrete Art der Entlastung der Familien mit Kindern soll beraten werden, wenn der Existenzminimumbericht Anfang Oktober vorliegt. Für die SPD ist wichtig, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert ist und Kinder von Spitzenverdienern keine höhere Förderung erhalten als die übrigen Kinder.

6. Kfz-Steuer: Weg frei für eine umweltfreundliche Lösung.

Die Koalition schlägt der Föderalismuskommission II vor, die Kfz-Steuer ab 1.1.2010 auf den Bund zu übertragen und eröffnet damit dem Bund die Chance, eine umweltfreundliche Kfz-Besteuerung aus einer Hand zu erreichen. Die Länder, die bisher die Einnahmen aus der Kfz-Steuer erhalten, bekommen als Ausgleich einen Festbetrag in Höhe des bisherigen Aufkommens (2007: 8,9 Mrd. Euro). Die Verteilung auf die Länder soll die jetzigen Größenordnungen abbilden und verfassungsrechtlich abgesichert werden. Es ist ausdrücklich vereinbart worden, dass Altfahrzeuge in den ersten Jahren nicht stärker als bisher belastet werden. Als Gewinn werden wir dann endlich eine umweltfreundlichere Kfz-Besteuerung haben und damit dazu beitragen, dass auch der Verkehrsbereich einen Beitrag zur Erreichung unserer wichtigen Klimaziele leistet.